

Wir Berlinerinnen

*Mitteilungsblatt des Landesfrauenrats Berlin und
seiner Mitgliedsverbände*

Inhalt

Frauenpolitik Berlin-Brandenburg Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement Jubiläumsreden 25 Jahre Landesfrauen- rat	S. 1
Frauenpolitik international Weltkongress World's Womens's Christian Temperance Union	S. 6
Die aktuelle Debatte work-life-balance Die EU Verfassung Gegen Schönheitsoperationen	S. 8 S. 10 S. 12
LFR Netzwerk 30 Jahre FFGZ	S. 13
LFR Nachrichten Konferenz der Landesfrauenräte	S. 14
LFR Kultur und Medien	S. 15
Veranstaltungsangebote	S. 17
Beilagen Nachruf Gerda Szepansky Neue Finanzierung für Frauenprojekte	

Liebe Leserinnen,

Sie finden in dieser Ausgabe einen Rückblick auf unsere Jubiläumsfeier mit den Reden der Staatssekretärin Ahlers und unserer Landesvorsitzenden.

Eine kleine Neuerung betrifft die Rubrik „Die aktuelle Debatte“. Hier wollen wir ab sofort besonders auch kontroverse Auffassungen zur Diskussion stellen und würden uns deshalb sehr über Kommentare und Anregungen zu den Beiträgen oder natürlich auch über neue Beiträge freuen!

Wie immer versuchen wir, Sie umfassend zu informieren, und wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen. Wir werden demnächst an die bei uns registrierten e-mail-Adressen Veranstaltungskalender verschicken. Lassen auch Sie sich registrieren und informieren Sie uns über ihre öffentlichen Veranstaltungen.

Ihr
Landesfrauenrat Berlin e. V.



Landesfrauenrat Berlin e. V.



LandesFrauenRat Berlin e.V.

Berlin, den 22.11.2004

Resolution: Nein zu Verbrechen im Namen der Ehre

Der Landesfrauenrat wendet sich gegen jede Bestrebung, Verbrechen im Namen der Ehre zu rechtfertigen oder zu verharmlosen. Verbrechen im Namen der Ehre müssen im Gegenteil geächtet und hart bestraft werden, weil sie unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung widersprechen und sie aushöhlen.

Die Opfer von Verbrechen im Namen der Ehre bedürfen unseres besonderen Schutzes. Verbrechen im Namen der Ehre werden begangen, um durch psychische oder physische Übergriffe Freiheit und Würde des Individuums kollektiven Ansprüchen unterzuordnen. Die Ausübung der Gewalt wird als legitime Wahrung / Wiederherstellung der (Familien-)Ehre gerechtfertigt, um traditionelle Wertesysteme und Normen aufrechtzuerhalten. Die Gewalt wird im Namen der Kultur/Tradition/Religion begangen und häufig von mehreren Familienmitgliedern und der Mehrheit der kulturellen/traditionellen Gemeinschaft unterstützt, bestärkt und gefördert.

Entsprechend groß ist das Schutzbedürfnis der Betroffenen. Verbrechen im Namen der Ehre richten sich überwiegend gegen Mädchen und Frauen. Der extremste Fall von Gewalt im Namen der Ehre sind Ehrenmorde, dazu zählen aber auch Zwangsheirat, häusliche Gewalt, Genitalverstümmelung, Säureattentate, Mitgiftmorde, Witwenverbrennung oder Blutrache. Die Opfer werden im Namen der Ehre eingesperrt, misshandelt, entführt oder verstoßen. Sie werden bedroht, Kontakte außerhalb der Familie werden verboten, ihnen wird vorgeschrieben, wie sie sich kleiden sollen, und sie werden in vielfältiger Weise kontrolliert.

Der Landesfrauenrat Berlin fordert darum die im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien und alle Verantwortungsträger Berlins auf:

- sämtliche strafrechtlichen und aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten auszu-schöpfen, um Verbrechen im Namen der Ehre zu verhindern und zu ahnden,
- Verbrechen im Namen der Ehre gesondert zu erfassen und diese Erfassung auswerten zu lassen,
- die Einrichtung einer bundesweiten Integrationsstelle als zentrale Anlauf- und Vermittlungsinstanz zu unterstützen und zu fördern,
- bestehende Integrationsmaßnahmen durch verpflichtende Sprach- und Integrationskurse für Migrantinnen und Migranten zu ergänzen bzw. diese neu zu schaffen,
- anonyme Schutzeinrichtungen für Migrantinnen sowie spezielle Beratungsstellen zu schaffen und zu unterstützen,
- Konzepte zur Jungenarbeit für Migranten zu entwickeln und durchzuführen,
- Multiplikatoren-schulungen für Beschäftigte von Kindertagesstätten, Schulen, Jugendämtern, Polizei und Gerichten durchzuführen,
- sich für die internationale Ächtung von ehrbezogenen Verbrechen einzu-setzen,
- nationale Organisationen, die vor Ort gegen Verbrechen im Namen der Ehre kämpfen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen.

Nachruf für Gerda Szepansky

Gerda Szepansky – ein Frauenleben – ein Leben für die Frauengeschichte, ein Leben für die Aufarbeitung von Unrecht und Gewalt im Nationalsozialismus.

Die Autorin Gerda Szepansky ist am 3. August 2004 im Alter von 78 Jahren verstorben. Die Frauenbewegung verliert eine engagierte Mitstreiterin; bundesdeutsche Bildungseinrichtungen verlieren eine hervorragende Zeitzeugin; junge Menschen verlieren eine gefühlvolle Erzählerin. Aber Gerda Szepansky wird weiterleben in ihren zeitgeschichtlichen Büchern und den dazugehörigen Ausstellungen.

Erst mit über 50 Jahren begann sie nach vielen Berufsjahren als Lehrerin, Journalistin und Schauspielerin zu schreiben. Ihre Bücher „Frauen leisten Widerstand: 1933-1945“ und „Blitzmädel, Heldenmutter-Kriegerwitwe, Frauenleben im 3. Weltkrieg“ waren der Einstieg in die Beschreibung von Einzelschicksalen. Zu beiden Büchern entwickelte sie Ausstellungen. Diese wurden über 100 Mal in vielen Städten Deutschlands gezeigt. Zu jeder Eröffnung reiste Gerda Szepansky, um aus ihren Büchern zu lesen und vor allem um zu erzählen. Und wie sie erzählen konnte! Die von ihr biografierten Frauen wurden lebendig und Geschichte wurde durch sie spannend, dramatisch und ergreifend. Auf diese Weise haben Tausende von Menschen direkt von ihr über die tapferen Frauen im Widerstand erfahren, von dem Leben und Leiden der Frauen im Krieg und im Konzentrationslager Ravensbrück. Sie hat damit den vielen Frauen, die sie interviewte und die so oft von der Geschichtsschreibung vergessen werden, ein Denkmal gesetzt. Sie hat mit ihren Büchern dafür gesorgt, dass der Kampf und das Leid der Frauen nicht vergessen werden und so Mahnung und Auftrag für nächste Generationen sind.

Gerda Szepansky konnte schnell Freundschaften knüpfen. In den Frauenzentren, Volkshochschulen, Bibliotheken und Bildungseinrichtungen kannten sie viele Menschen, denen sie Vorbild war, Ideengeberin und Beraterin.

Nach der Wende 1989 war sie sofort mit Ihren Werken auch in der Frauenbewegung in den neuen Ländern zu Hause. 1995 hat sie das Buch „Die stille Emanzipation“ den Frauen in der DDR gewidmet.

Gemeinsam mit ihrem Mann Wolfgang Szepansky, einem Zeitzeugen des Konzentrationslagers Sachsenhausen, erhielt sie für ihre kontinuierliche politische Arbeit insbesondere auch mit jungen Menschen 1996 das Bundesverdienstkreuz.

Gerda Szepansky hat diese Arbeit bis fast zum letzten Tag ihres Lebens geleistet, hat gelesen, erklärt, diskutiert und dadurch Zeichen gesetzt.

Als ehemalige Frauenbeauftragte im Bezirk Neukölln bin ich dankbar dafür, dass ich fast zwanzig Jahre lang mit Gerda Szepansky zusammenarbeiten durfte und sie meine Freundin nennen darf.

Renate Bremmert

1. Bürgerschaftliches Engagement ist ein unverzichtbarer Bestandteil zum Wohle einer lebendigen, vielfältigen und solidarischen Gemeinschaft. Es umfasst das Ehrenamt, die Freiwilligenarbeit und die Selbsthilfe sowie das Engagement von Organisationen, Initiativen, Verbänden, Unternehmen und Stiftungen.

2. Alle Unterzeichner dieser Charta erkennen die Bedeutung des Bürgerschaftlichen Engagements der in Berlin lebenden Menschen für das Gelingen eines guten Zusammenlebens in unserer Stadt an. Sie sprechen sich für die tragenden Grundwerte des Bürgerschaftlichen Engagements aus im Sinne von Solidarität, Gemeinsinn und Bereitschaft zu einem aktiven persönlichen Beitrag für eine demokratische Gesellschaft in Berlin und unterstützen sie mit Wort und Tat.

3. Bürgerschaftliches Engagement ist eine Aufgabe aller in dieser Stadt lebenden Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer sozialen Stellung, aller demokratisch verfassten bzw. selbstorganisierten Initiativen, Verbände, Vereine, Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmen sowie der politischen Parteien des Landes Berlin. Bürgerschaftliches Engagement fördert Partizipation, Integration und Eigenverantwortung aller in Berlin lebenden Menschen und ihren Einsatz für ein aktives Gemeinwesen. Bürgerschaftlich Engagierte beanspruchen, sich mit ihren Kompetenzen und Erfahrungen in politische Entscheidungsprozesse einbringen und mitentscheiden zu können.

4. Bürgerschaftliches Engagement nützt allen beteiligten Akteuren und bringt dabei Freude, Anregung und Bestätigung. Es unterstützt das lebenslange und das soziale Lernen in der Gesellschaft. Die Unterzeichnenden sehen eine nachhaltige Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements im materiellen wie in ideellen Sinne wenn folgende Rahmenbedingungen ermöglicht werden:

- Versicherungsschutz
- Auslagenerstattung
- Fortbildungsangebote
- Einführung und Begleitung von Bürgerschaftlichen Engagement
- Anerkennungskultur.

5. Dies setzt voraus, bestehende Unterstützungsstrukturen und die Bürgerbeteiligung zu sichern und zu würdigen sowie neue Formen zu ermöglichen. Hierzu zählen die Berliner Freiwilligenagenturen, Nachbarschaftshäuser und Selbsthilfeinitiativen sowie Initiativen und Projekte, die das Bürgerschaftliche Engagement stärken. Zur besseren Koordination und Vernetzung der bestehenden Infrastrukturen und der gesellschaftlichen Sektoren wird die Gründung eines landesweiten Netzwerks für Bürgerschaftliches Engagement angestrebt.

6. Mit dieser Charta wird unterstrichen, dass Bürgerschaftliches Engagement einen hohen Stellenwert in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung einnimmt. Seine Bedeutung sowie die Anerkennung Bürgerschaftlichen Engagements sollen sich in den Medien widerspiegeln.

7. Die Unterzeichner sehen Bürgerschaftliches Engagement als eine wertvolle gesellschaftliche Kraft, die soziale Werte schafft. Bürgerschaftliches Engagement muss für alle Interessierten leicht erschließbar angeboten werden und darf nicht als Lückenfüller für reduzierte sozialstaatlichen Leistungen missbraucht werden.

Diese Charta entstand im Rahmen der „Runden Tische zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin“ 2003 und 2004 im Zuge eines 14-monatigen Diskussionsprozesses. Für den Landesfrauenrat begleitet diesen Prozess unsere stellvertretende Vorsitzende, Marlies Brouwers vom Katholischen Deutschen Frauenbund.

Grußwort von der Staatssekretärin Susanne Ahlers anlässlich der Festveranstaltung zum 25jährigen Bestehen des Landesfrauenrates am 01.10.2004

Sehr geehrte Frau König,

sehr geehrte Damen und Herren,

erst einmal herzlichen Dank für Ihre Einladung zum 25jährigen Jubiläum und herzlichen Glückwunsch. Ich freue mich sehr, dass ich heute mit Ihnen gemeinsam dieses Jubiläum feiern kann. Sie vertreten mit fast 50 Frauenverbänden rund 200.000 Frauen in dieser Stadt. Sie sind damit eine wichtige Größe in Berlin.

Als der Landesfrauenrat 1979 gegründet wurde, war die 2. Frauenbewegung auf ihrem Höhepunkt. Allerdings war das Ende der Bewegung auch da schon ein Thema. Auf der Berliner Sommeruniversität 79 wurde Autonomie versus Institution heiß diskutiert. Die traditionellen Frauenverbände gehörten zur institutionellen Politik und wurden kritisch beäugt.

Sehr viele Energien setzten die frauenpolitisch aktiven Frauen in diese Auseinandersetzungen. Natürlich waren diese Diskussionen nicht immer nur konstruktiv und fruchtbar, aber aus meiner Sicht waren sie sehr wichtig im politischen Selbstverständnis feministischer Politik. Frauen stritten miteinander und entwickelten so Politik und Teilhabe von Frauen weiter. Heute streiten wir weniger, wir feiern gemeinsam und verbünden uns, arbeiten in Netzwerken und unterstützen uns oft auch über politische Grenzen hinweg. Allerdings wünsche ich mir, dass es wieder mehr fruchtbare öffentliche frauenpolitische Auseinandersetzungen gibt.

Sie haben mich gebeten, über die Perspektiven von Frauenpolitik zu sprechen. Das ist eine nicht einfache Aufgabe. Sind Frauen nicht längst stark, erfolgreich, gebildet, selbstbewusst und unaufhaltsam auf dem Weg nach oben? In Berlin sind wir doch sogar dabei mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu besetzen als Männer.

Aber mir geht es darum auf die weiterhin notwendigen strukturellen Veränderungen in unserer Gesellschaft aufmerksam zu machen. Wenn unser Ziel ist, nicht nur weitgehende rechtliche Gleichheit, Bildungschancen und individuelle Selbstbestimmung zu erreichen, sondern die gleiche, nicht nur quantitative, sondern auch qualitative politische, gesellschaftliche und ökonomische Partizipation von Frauen zu erreichen, dann haben wir noch eine Menge zu tun.

Ein wichtiges Thema ist nach wie vor die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das klingt so schlicht und einfach und ist doch so grundlegend. Für Männer ist es absolut selbstverständlich, Berufsausbildung, Berufsausübung und beruflichen Aufstieg mit dem Zusammenleben mit Kindern zu vereinbaren. Für Frauen nicht.

Warum ist das so? Es liegt jedenfalls nicht nur an den mangelnden Kinderbetreuungsmöglichkeiten in unserem Land. Wenn das das einzige Problem wäre, hätten wir in anderen europäischen Ländern oder auch in der früheren DDR die Gleichstellung der Geschlechter bereits erreicht. Ich will das Problem nicht herunter spielen, bin aber davon überzeugt, dass uns selbst eine flächendeckende Einführung von Kinderbetreuung nicht hilft, so lange die Zuständigkeit für Kinder ausschließlich bei den Frauen liegt. Nicht-Mütter werden deswegen in jüngeren Jahren wegen des Verdachts auf mögliche Mutterschaft diskriminiert. Wir brauchen eine gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern. Das ist nicht neu, stimmt aber trotzdem. Wir müssen die Männer mehr in den Blick nehmen. Das heißt nicht, sie individuell verändern zu wollen, sondern die Bevorzugung von Männern

zu thematisieren, das männliche Geschlecht ins Zentrum rücken. Wir haben uns zumindest in der institutionalisierten Frauenpolitik auf die Frauen konzentriert.

Ich meine, wir müssen uns zusätzlich auf die Männer beziehen. Gender Mainstreaming ist ein Instrument das zu tun. Ich glaube nicht, dass die Einführung und die Diskussion über Gender Mainstreaming in kurzer Zeit zur Gleichstellung der Geschlechter führen wird. Aber ich glaube, dass es eine Chance ist, Gleichstellungspolitik neu zu diskutieren. Und zwar mit Frauen und Männern. Auch unter dem Aspekt, dass das weibliche Geschlecht nicht das Abweichende von der männlichen Norm ist, sondern das männliche Geschlecht auch als Problem debattiert wird. Gewaltausübung ist zum Beispiel ein fast ausschließlich männliches Problem, Kriminalität und Rechtsextremismus auch. Studien weisen den sehr hohen Anteil von Jungen und Männern in rechtsextremen Gruppen genauso nach wie die polizeiliche Kriminalstatistik ihren hohen Anteil bei Straftaten. Ca. 77% aller Straftaten werden von Männern begangen, z.B. 91% aller Raubdelikte oder 88% gefährlichen und schweren Körperverletzung, bei leichter sind es 86%.

Das wissen alle, aber nur wenige fragen nach den Gründen. Stattdessen wird breit thematisiert, dass es auch Frauen oder Mädchen gibt, die kriminell sind oder Gewalt ausüben.

Gleichstellung ist Maßstab für gelebte Demokratie. Die Beteiligung von Frauen und Männern in allen Bereichen – sei es Politik, Familie, Wirtschaft, Ehrenamt – muss selbstverständlich sein. Das Geschlecht darf nicht über Chancen und Möglichkeiten entscheiden. Das ist aber heute immer noch unsere Realität.

Es wird immer öfter wahrgenommen, dass Frauen auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor sein können. Sie agieren als Konsumentin und Produzentin, sind hoch qualifiziert, flexibel und engagiert. Einige Unternehmen entdecken die Ressource Frau. Ich finde, wir müssen diese „Entdeckung“ produktiv nutzen.

Wirtschaft und Politik müssen sich mehr und ernsthaft der Tatsache stellen, dass im durchschnittlichen Lebens eines Arbeitnehmers und einer Arbeitnehmerin die Betreuung von jungen, alten und behinderten Menschen dazugehört.

Daran schließt der zweite, wichtige Bereich, auf dem frauenpolitisch noch viel zu tun ist: unsere Sozialversicherungssysteme. Ob Gesundheit, Rente, Pflege oder Arbeitslosigkeit, alle Sozialversicherungssysteme bauen auf der Annahme eines männlichen Ernährers und einer abhängigen Ehefrau auf bzw. nehmen eine durchgängige Erwerbstätigkeit an. Das ist überholt und entspricht in der Regel nicht mehr der Lebensrealität von Frauen und Männern. Die so genannten Reformen wie Hartz, Rentenreform oder die Gesundheitsreform verlassen teilweise die Kopplung an Erwerbstätigkeit. Beim neuen ALG II wird nicht mehr unterschieden, ob jemand vorher erwerbstätig war oder nicht. Allerdings wird es nur noch eine geringe Leistung geben.

Die weitere Verschärfung bei der Anrechnung des Partner/in-Einkommens konterkariert zusätzlich wieder den Anspruch auf eigenständige Existenzsicherung für Frauen. Unser Sozialsystem wird zugunsten privater und individueller Lösungen zurückgefahren. So werden wieder Frauen benachteiligt, die sehr viel weniger – durchschnittlich 25% weniger – als Männer verdienen.

Wir müssen das Ziel der eigenständigen Absicherung von Frauen weiter verfolgen. In den gleichen Kontext gehört übrigens die Abschaffung des Ehegattensplittings. Hier werden nach wie vor die Hausfrauenehe und die ungleichen Einkommen zwischen Frauen und Männern subventioniert und unterstützt.

Ein weiteres wichtiges Thema ist für mich die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern. Unterschiedliche Faktoren spielen hier eine Rolle.

Ein Grund ist die verschiedene Bewertung von sogenannten Frauen- und Männerberufen. Diese unterschiedliche Bewertung bedeutet für eine Schreibkraft im Vergleich zu einem Lagerarbeiter 150 Euro weniger, wie in der Dokumentation über die Tagung Equal Pay des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend festgestellt wird.

Wir haben also noch eine Menge zu tun, wir sollten unterschiedliche Wege gehen, uns konstruktiv streiten und das Ziel Gleichstellung von Frauen und Männer immer im Blick haben.

Zum Schluss möchte ich auf ein Ereignis genau vor 20 Jahren hinweisen: Am 1. Oktober wurde die erste Berliner Frauenbeauftragte ernannt: Carola von Braun. Das war ein wichtiger Tag Berliner Frauenpolitik.

Ich wünsche uns allen zusammen einen schönen und unterhaltsamen Abend und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

Susanne Ahlers, Staatssekretärin

In unserer nächsten „Wir Berlinerinnen“ werden Sie eine Rückschau von Carola von Braun finden.

Die Zukunft ist weiblich

Rede der Landesvorsitzenden bei der Feier zum 25-jährigen Jubiläum des Landesfrauenrates im Museum für Kommunikation.

Wir haben uns heute hier an diesem Ort versammelt, um das 25-jährige Jubiläum des Landesfrauenrates Berlin zu feiern. Einigen erscheint das sicher als eine recht lange, anderen wiederum als ziemlich kurze Zeitspanne. In Wahrheit sind wir etwas älter – um genau zu sein, fast doppelt so alt. So weit reichen jedenfalls die Wurzeln des Landesfrauenrates zurück. Schon kurz nach dem Krieg haben sich die ersten Frauenorganisationen wieder zusammengefunden, um sich aktiv am Wiederaufbau der Demokratie in Deutschland zu beteiligen. Und genau das ist so typisch für uns Frauen – insbesondere in krisenhaften Situationen oder in Zeiten von Umbrüchen packen wir tatkräftig mit an und bringen uns mit unseren vielfältigen Begabungen ein. Vermutlich deshalb, weil wir genau diese Fähigkeiten ausreichend in den Familien trainiert haben. Gestatten Sie mir einen kurzen Blick zurück: Es waren die Trümmerfrauen, die unser Land ganz handfest wiederaufgebaut haben. Es waren Frauen, die im Krieg nicht nur die Lasten in der Heimat zu tragen hatten, sondern die auch in zahlreichen vorher undenkbaren Berufen Großes leisteten. Es waren aber auch dieselben Frauen, denen nach Kriegsende, als die Männer heimkehrten, eben diese Möglichkeiten schnell wieder genommen wurden. Und es waren die oft übergangenen Mütter des Grundgesetzes, die über Parteigrenzen hinweg und mit der Unterstützung vieler engagierter Frauen die Basis für die Gleichberechtigung der Frauen im Grundgesetz durchsetzten.

Zu allen Zeiten hat Vater Staat wenn Not am Mann war nach den Frauen geschrien – leider war dieser Schrei in guten Zeiten oft vergessen. Eine ähnliche Situation erleben wir auch heute: der dramatische demographische Wandel unserer Gesellschaft führt zu einem Zusammenbruch der sozialen Systeme in den bisherigen Formen. Reformen sind unumgänglich. Sie führen jedoch zu einer tiefen Verunsicherung breiter Bevölkerungsgruppen. Betroffen sind in besonderem Maße Frauen, deren Solidarität unsere Gesellschaft zwar immer wieder einfordert – ich denke dabei z.B. an Kinderbetreuung und Altenpflege – die sie jedoch nur sehr kläglich zurückgibt – ich denke da vor allem an die völlig unzulängliche Altersabsicherung von Frauen. Ohne uns Frauen wäre in manchen Bereichen schon lange nichts mehr gegangen, dennoch wird in Zeiten knappen Kassen gerne zuerst in den „frauen-

relevanten Bereichen“ gespart. Dass man dabei in erster Linie die eigene Zukunft einspart, haben bisher nur wenige begriffen.

Unsere Gesellschaft verändert sich erheblich. Nun ist Veränderung an sich ja nichts Negatives, sondern notwendig zur Gestaltung der Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft. Allerdings müssen wir uns fragen, wohin dieser Wandel geht und wer von ihm profitiert. Wir Frauen wollen heute mehr. Wir machen die besseren Schulabschlüsse, haben gute Ausbildungen und haben die Gleichberechtigung längst erreicht. Mit der tatsächlichen Gleichstellung hapert es jedoch nach wie vor. Frauen wollen heute kein Drei-Phasen-Modell mehr leben, sie erwarten die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Männer und Frauen - und das wollen inzwischen auch immer mehr Männer! Vater Staat tut sich damit allerdings noch schwer, wenn es z.B. um die Prioritätensetzung bei der Finanzplanung geht, sind Frauenprojekte oder Kinderbetreuungsangebote vor allem Sparpotential. Väter, die ihre Elternzeit nehmen wollen, werden nach wie vor belächelt oder bemitleidet.

So wie sich in den letzten Jahrzehnten Lebensentwürfe geändert haben, so müssen auch Frauenorganisationen sich verändern, um diesen neuen Ansprüchen gerecht werden zu können. Es ist Aufgabe und Pflicht der Frauenorganisationen, diese geänderten privaten Bedürfnisse in politische Forderungen einzubringen und Umstrukturierungsprozesse in allen Bereichen der Gesellschaft zu initiieren und sie unterstützend und kritisch zugleich zu begleiten. In den Landesfrauenräten werden die vielfältigen Fähigkeiten und Erfahrungen der unterschiedlichsten Frauen gebündelt. Dies weiterzutragen auf die politische Ebene ist unsere Aufgabe. Dazu gehört die Präsenz im Rundfunkrat ebenso wie die aktive Teilnahme an der Gender Kommission des Landes Berlin, in der Verwaltungshandeln unter dem Gesichtspunkt des Gender Mainstreaming entwickelt werden soll. Ebenso wollen wir aber Transmissionsriemen nicht nur von unten nach oben, sondern auch in umgekehrter Richtung sein. Wir wollen unseren Mitgliedern bei der Bewältigung dieses schwierigen Umbruchprozesses helfend und beratend zur Seite stehen. Dazu gehören neben Bildungsveranstaltungen der Informationsaustausch ebenso wie Fortbildungsseminare, die einzelne kleinere Verbände oft nicht allein organisieren könnten. Wir schauen dabei aber auch über den Tellerrand hinaus – in die anderen Bundesländer und ins europäische Ausland. Der Erfahrungsaustausch über Grenzen hinweg ist hilfreich bei der Lösung vieler noch offener Fragen. Berlin kann dabei eine besondere Rolle einnehmen als Mittlerin zwischen alten und neuen Bundesländern aber auch mit Blick auf die osteuropäischen Nachbarn in unmittelbarer Nähe. Hervorzuheben sind hier die besonders engen Kontakte zur Nachbarin Polen

„Mittlerin zwischen den Welten“ ist der Landesfrauenrat aber auch nach innen. Ich denke da nur an die unterschiedlichen Parteien, Religionen, Kulturen, die verschiedenen berufsständischen wie auch die Freizeitorganisationen, die oft auch dahinterstehenden ganz unterschiedlichen Lebensentwürfe, die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitgeberinnen, die Selbstständigen und die abhängig Beschäftigten und die verschiedenen Generationen – sie alle machen den Landesfrauenrat aus. Dennoch eint uns eins – wir wollen eine partnerschaftliche, geschlechtergerechte Welt. Wir wollen das, was unsere Ahninnen erstritten haben weiterentwickeln und unseren Anteil für ein zukunftsfähiges Deutschland leisten. Nur mit uns Frauen kann Deutschland im 21. Jahrhundert erfolgreich bestehen. Vieles tun wir im Kleinen und Stillen – z.B. dann, wenn wir den neuen Generationen Werte und Kulturtechniken vermitteln. Wir tun dies aber auch öffentlich – wir partizipieren auf vielfältige Weise in den verschiedensten Bereichen unserer Gesellschaft und bringen die weibliche Sicht der Dinge ein – und dies ist auch bitter nötig! Nur wenn beide Sichtweisen – die männliche wie die weibliche – gemeinsam dazu beitragen, die Zukunft zu gestalten, kann dies von Erfolg gekrönt sein.

In einer immer weiter werdenden Welt der Globalisierung können Einzelne immer weniger ausrichten - gemeinsam aber sind wir stark. Dies trifft auch auf den Landesfrauenrat zu, in

der Gesamtheit können sich die Frauenorganisationen weit mehr Gehör und Einfluss verschaffen als vereinzelt. Dazu gehört auch, dass sich die traditionellen Frauenverbände ebenso wie die autonomen Frauenprojekte bewusst werden, dass wir nur zusammen erfolgreich für die Sache der Frauen streiten können. Mögen auch unsere Wege unterschiedlich sein – dass wesentliche Ziel einer partnerschaftlichen Welt eint uns über alle Gegensätze hinweg.

So, wie die Gründerinnen des Landesfrauenrates damals mit viel Weitsicht erkannt haben, dass sie neue Strukturen schaffen mussten um in der Zukunft bestehen zu können, so wollen auch wir uns den heutigen Herausforderungen mutig und aktiv stellen.

Auch wenn der Satz schon etwas älter ist, so hat er doch nichts an Wahrheit verloren:

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen!

In diesem Sinne möchte der Landesfrauenrat mit Ihnen gemeinsam unser aller Zukunft mitgestalten.

Dagmar König

Danksagung

Wir möchten uns bei allen bedanken, die mit ihren Spenden, ihrer Hilfe und ihrer Anwesenheit zum Gelingen unseres Festes beigetragen haben. Wir möchten uns ausdrücklich bei Senatorin Schubert und bei Staatssekretärin Ahlers für ihre Grußworte zu unserer Feier bedanken. Etwas über 100 Personen feierten mit uns im Museum für Kommunikation. Das wurde durch die Unterstützung zahlreicher Verbände möglich. Besonders erwähnen möchten wir den Landesverband Berlin der Gartenfreunde e.V., die Damen des Herthatreffs, die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, die Frauen Union, den Katholischen Deutschen Frauenbund und nicht zuletzt den Deutschen Guttemplerorden und den Deutschen Frauenbund für alkoholfreie Kultur, die uns mit Ihren ausgefallenen und gelungenen alkoholfreien Drinks begeisterten..

Für alle, die nicht dabei sein konnten, eine Grüne Otilie zum Nachmachen:

- 1 Tasse Grapefruitsaft
- 2 Teelöffel Zitronensaft (optional)
- 4 Teelöffel Waldmeistersirup
- mit Selters auffüllen

reicht für zwei Gläser und hat eine herrlich giftig grüne Farbe.

„Da nun die Frauen die gleichen Fähigkeiten aufweisen, haben sie notwendigerweise auch die gleichen Rechte. Entweder hat kein Glied des Menschengeschlechtes wirkliche Rechte, oder sie alle haben die gleichen, und derjenige, der gegen das Recht eines anderen stimmt, mag er auch einer anderen Religion, einer anderen Hautfarbe oder dem anderen Geschlecht angehören, hat damit seine Rechte verwirkt.“

Marie Jean Antoine Nicolas Caritat (1743-1794)

gefunden in:

"Muse Mutter Megäre - Was Philosophen über Frauen denken" von Annegret Stopczyk (Hg.)

LFR international

Der Deutsche Frauenbund für alkoholfreie Kultur ist Mitglied im Weltbund christlich abstinenter Frauen, der weltweit vertreten ist. Alle 3 Jahre findet ein Kongress statt, in diesem Jahr hatte Neu-Seeland eingeladen.

FOR GOD, HOME AND EVERY LAND

36th Triennial World Convention
Waipuna Convention Centre,
59 Waipuna Road,
Auckland

April 21 – 27, 2004

Mit der Repräsentation der Landesflaggen begann die offizielle Eröffnung des 36. Weltkongresses der World's Women's Christian Temperance Union. Die Fahnen blieben während des ganzen Kongresses auf dem Podium stehen.

Nach der Begrüßung durch die amtierende Weltpräsidentin – es waren auch Mitglieder der Regierung und anderer Organisationen anwesend – übernahm eine Gruppe von Maoris einen Teil des Festaktes. Sie sangen, zeigten Tänze und auch die Begrüßung mit dem obligatorischen „Naserubbeln“ fehlte nicht. Anschließend hielten die geladenen Gäste Ansprachen und mit musikalischen Darbietungen und einer Buchvorstellung ging es weiter.

An den Tagen zuvor hatte sich der Vorstand zu Beratungen getroffen sowie die Delegierten zu Sitzungsdiskussionen zur Vorbereitung der Tagung. Die Präsidentin begrüßte am Vorabend der Eröffnung die Gäste mit Darbietungen durch ihre Familienmitglieder und Geschenken ganz individuell die Teilnehmerinnen. Es waren 160 Teilnehmerinnen aus 25 Nationen anwesend, davon 87 Delegierte. Die anwesenden Männer waren „nur“ die Begleiter ihrer Frauen, ohne Stimmrecht. Folgende Nationen waren vertreten: Neu-Seeland, Ägypten, Argentinien, Australien, Estland, Finnland, Deutschland, Guatemala, Korea, Japan, Indien, Philippinen, Norwegen, Schweden, England, Myanmar, Kanada, Fidji, Indonesien, Samoa, Sierra Leone, Süd-Afrika, Schweiz, Soweto, USA.

Der Kongress beginnt immer mit einem Gottesdienst und endet mit einem Festbankett.

Dieser Kongress hatte das Motto „Our Vision – Our Future“. Wo keine Vision ist, da gehen die Menschen unter. Wir brauchen keine Regeln und Vorschriften, wir brauchen Beispiele.

Die Kongresssprache ist Englisch und während des Kongresses war ein Hauptsong: „Take my hand, my friend...“ Jeden Morgen und jeden Abend gab es eine Andacht mit einem Gebet, das immer unterschiedliche Nationen hielten.

Während wir in Deutschland Präventionsarbeit auf dem Suchtsektor leisten, sind andere Länder weitergehend tätig. Sie wenden sich gegen Kinderarbeit, Prostitution, helfen bei Drogenproblemen, haben sogar Kliniken und bieten viele Möglichkeiten der Nachsorge. Einen großen Part nimmt die Kinder und Jugendarbeit ein. In vielen Ländern kann die Frauenarbeit nur unter männlicher Aufsicht geleistet werden. Die Teilnahme an dem Kongress ist manchmal mit großen Schwierigkeiten verbunden (so brauchte die Teilnehmerin aus Sierra Leone bedingt durch Visaprobleme 5 Tage um nach Neuseeland zu kommen). Die Darstellung der Arbeitsweisen, Erfolge und Misserfolge waren der Inhalt der Tagung. Außerdem gab es Vorträge von Gastrednern, Wettbewerbe unter den Mitgliedern, die Darstellung der Kindergruppe unter Leitung der Inderin Sheeoa beeindruckte sehr. Außerdem gehört ein Rückblick auf die Gründerin der Bewegung – Francis Willard – dazu.

Aber auch der geschäftliche Teil hat seinen Platz: Berichte des Vorstands, einschließlich Entlastung, Berichte der nationalen Präsidentinnen. Beschlüsse über Satzungsänderungen und Wahlen. In diesem Jahr wurde Sarah F. Ward aus den USA zur Präsidentin im 2. Wahlgang gewählt. Ein wichtiger Teil war das Thema: Schutz dem ungeborenen Leben. Der „FAS-Day“ Fetal-Alcohol-Syndrom-Day soll am 09.09. mit Glockenläuten weltweit begangen werden. Inwieweit Deutschland das umsetzen kann wird sich zeigen müssen.

Es war ein interessanter mit vielen Darbietungen, Vorträgen, musikalischen Untermalungen und mit dem Besuch der Veranstaltung des „ANZAC-Day“ der zur Erinnerung und zur Ehrung der Teilnehmer und Opfer aller Kriege stattfindet. Ganz besonders danken mussten wir Mrs. Margaret Jackson, der scheidenden Präsidentin, für ihre geleistete Arbeit. Der nächste Kongress findet in den USA statt.

Anneliese Wolf, Vertreterin für die Internationale Arbeit auf Bundesebene

Der Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V. sucht Frauen, die vertrieben, verschleppt oder interniert waren, im Krieg und danach.

Es soll eine gemeinsame Frauengruppe gegründet werden. Es soll sich eine in jeder Hinsicht unabhängige Gruppe finden, die sich wegen des gemeinsamen oder ähnlichen Schicksals zusammenschließt. Der Austausch von Gedanken und die Erfahrung, dass man nicht allein ist mit seinem Schicksal, kann sehr verbindend sein.

Sibylle Dreher, Bischofsgrüner Weg 88 in 12247 Berlin Tel.: 030-766.782.03 Fax: 030-766.782.04 Sibylle.Dreher@t-online.de www.Frauenverband-bdv.de

www.gruenderinnenagentur.de

Starthilfe für Gründerinnen gibt die **Gründerinnenagentur** (bga). Das Projekt wurde von drei Bundesministerien ins Leben gerufen und umfasst Gründungsinformationen, Arbeitshilfen, Veranstaltungshinweise und eine Online-Recherche-funktion für Coaching- und Beratungsmöglichkeiten in ganz Deutschland. Die bga-Hotline ist montags bis donnerstags von 9 bis 18 Uhr und freitags von 9 bis 16 Uhr erreichbar. 0180/522.90.22

Ausstellung: Europäerinnen. Frauen mit Visionen – Neue Zusammenstellung der Porträts von Bettina Flitner

Bis zum 2. Januar im Museum für Kommunikation, Leipziger Str. 16, 10117 Berlin

Die Fotografin Bettina Flitner reiste ein Jahr lang kreuz und quer durch Europa, um "starke Frauen" zu porträtieren, die das Gesicht des modernen Europa mitbestimmen und mitbestimmen. Sie traf dabei auf so herausragenden Persönlichkeiten wie die deutsche Journalistin Marion Gräfin von Dönhoff oder die italienische Verlegerin Inge Feltrinelli. Flitners Fotos porträtieren die Künstlerinnen, Politikerinnen und Starköchinnen in ihren Lebens- und Arbeitswelten und wecken die Neugier auf die biografischen Hintergründe dieser Frauen.

Die Fotografin und Regisseurin Bettina Flitner, Jahrgang 1961, wurde seit den 1990er Jahren durch ihre Porträtarbeiten bekannt. Die Ausstellung knüpft an eine Installation an, die die Künstlerin im Jahr 2002 im Museum für Kommunikation ausstellte.

LFR aktuelle Debatte

Sämtliche unter dieser Rubrik veröffentlichten Beiträge geben die Auffassung der Verfasserin und nicht unbedingt die des Landesfrauenrates wieder. Wir freuen uns, wenn daraus eine Diskussion entstehen würde und erwarten Ihre Beiträge und Kommentare.

Vom Sinn des Lebens

oder

work – life – balance

Irgendwo sind die Diskussionen ja schon fast gespenstisch:

Die Arbeitgeber versuchen, sowohl die Wochen- als auch die Lebensarbeitszeit zu verlängern. Sie tun dies mit deutlicher Unterstützung weiter Kreise der Politik, die dies unter Hinweis auf die gesamtwirtschaftliche Situation Deutschlands und unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt tun.

Die Gewerkschaften ihrerseits bemühen sich – zur Zeit eher vergeblich – bereits errungene niedrigere Wochen – und Lebensarbeitszeiten zu sichern. Für diese Position führen sie insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit – vor allem auch bei Jugendlichen – ins Feld und damit Menschen, die auf die Arbeitsplätze hoffen, die durch kürzere Wochen- und Lebensarbeitszeiten wieder verfügbar werden.

Daneben gibt es die seit Jahren virulente aber leider immer wieder in den Hintergrund gedrängte Diskussion um die demographische Entwicklung in unserem Land.

Was das miteinander zu tun hat? Weit mehr, als die meisten auf den ersten Blick vermuten würden. Haben wir heute noch einen Arbeitsplätzenmangel, so wird es bald ein Arbeitskräftemangel sein, der Deutschland zu schaffen macht. Wenn wir uns dies erst einmal bewusst machen, muss dies unseren Blickwinkel und zwangsläufig auch die Diskussion um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes verändern.

Natürlich – die ganz Schlaunen haben die Lösung längst parat: Zuwanderung heißt das Zauberwort, das Entlastung bringen soll. Leider ist das mit den Patentlösungen so eine Sache – es gibt sie in der Realität eben nicht. Die Länder, aus denen das größte Interesse an Zuwanderung kommt, gehören völlig anderen Kulturkreisen an als das in seinen Grundwerten trotz allem noch christlich geprägte Abendland. Das führt bei Überschreitung eines prozentualen Bevölkerungsanteils zu gesellschaftlichen Veränderungen, von denen die Kopftuchdebatte nur die Spitze eines Eisberges ist. Die kulturelle Vielfalt, die wir alle bejahen und zu genießen wissen, gerät dann ebenso in Gefahr wie demokratische und rechtsstaatliche Errungenschaften – von unseren gleichstellungspolitischen Zielen ganz zu schweigen. Wir müssen uns fragen, ob wir die Entwicklungen, die wir in einigen Kiezen ja bereits jetzt feststellen, noch stoppen können.

Miteinander in kultureller Vielfalt, aber unter strikter Beachtung unserer in der Verfassung verankerten Grundwerte, ist zugleich Wunsch und Ziel, in der Realität sind wir aber oft weit davon entfernt. Daher muss neben einer gezielten Zuwanderung auch eine Rückbesinnung auf die eigenen Kräfte erfolgen. Dabei geht es nicht nur um die oberflächliche Frage der demographischen Entwicklung der deutschen Bevölkerung, sondern vor allem um die damit verbundenen Auswirkungen z.B. auf unsere Sozialsysteme. Die Bankrotterklärung, die wir im Moment staatlicherseits dazu erleben ist noch nichts im Vergleich zu dem, was uns bei ungebremster negativer Bevölkerungsentwicklung in wenigen Jahrzehnten erwartet.

Die Geburtenraten in Deutschland geben keinerlei Anlass zu guter Hoffnung. Sie sind seit Jahrzehnten rückläufig und noch ist keine Trendwende in Sicht. So lange diese Situation bekannt ist, solange gibt es auch die Diskussion um mögliche Gegenmaßnahmen. Ungezählt sind die Vorschläge dazu, allein wichtigere Themen wie z.B. der Umbau der Rentensysteme, die Reform des Gesundheitswesens, die Situation auf dem Arbeitsmarkt ließen nie wirklich Spielraum für die Demographiedebatte. Zwar müssten wir die eben genannten Problemfelder bei einer gesunden Bevölkerungsentwicklung gar nicht beackern, dies scheint aber den Verantwortlichen gleich welcher politischen Couleur immer nur kurzzeitig bewusst zu werden, bevor sie sich wieder den o.g. dringenderen Problemen als der Geburtenrate zuwenden.

Dabei ist es doch so schwer nun auch nicht – etliche europäische Nachbarländer machen es uns schon lange vor. Selbstverständlich gibt es auch für die Steigerung der Geburtenraten keine Patentlösungen, immerhin aber einige erprobte Ansätze.

Neben der grundsätzlich positiven Einstellung einer Gesellschaft zu Kindern, die sich unter anderem in Stadtplanung und Wohnungsbau, Verkehrs- und Sportpolitik, Besteuerungsstrukturen und Familienimage ausdrückt, spielt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine entscheidende Rolle.

Studien der letzten Jahre machen deutlich, dass der Wunsch bei jungen Menschen nach Familie und Kindern nach wie vor vorhanden ist. Die Realität zeigt jedoch, dass dieser Wunsch nur selten umgesetzt wird. Insbesondere bei gut ausgebildeten Männern und Frauen ist der Verzicht auf Kinder ausgeprägt. Dies geht einher mit dem Anspruch der Wirtschaft nach Arbeitskräften, die zeitlich und möglichst auch räumlich flexibel einsetzbar sind. In ihrer produktivsten Arbeitsphase – die „unglücklicherweise“ mit dem gebärfähigen Alter von Frauen zusammenfällt – sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dem Arbeitsmarkt möglichst noch stärker als zur Zeit üblich zur Verfügung stehen. Dies geht einher mit der finanziellen Notlage der meisten Kommunen im Land, die ihre Einsparungen häufig bei Kinderbetreuungseinrichtungen und Freizeitangeboten für Jugendliche erbringen.

Familien mit Kindern haben es da schwer. Mit einem Einkommen ist eine Familie heute in den meisten Fällen nicht mehr zu finanzieren – es sei den, wir reden von Einkommensklassen, die zumeist mit 80 Stunden-Wochen verbunden sind und ein Familienleben mit zwei Elternteilen praktisch unmöglich machen. Zwei Einkommen sind häufig Voraussetzung für die Erfüllung des gemeinsamen Kinderwunsches, wie aber soll dann die Kinderbetreuung organisiert werden, ohne zu einer bloßen Aufbewahrung zu degenerieren? Vater Staat macht es sich hier bisher zu leicht und bleibt in überholten Familienklischees verhaftet, die er selbst jedoch durch seine wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Forderungen ad absurdum führt.

Wir dürfen daher nicht aufhören, die Diskussion stets erneut aufzugreifen und Initiativen von Politik und Wirtschaft anzumahnen, die eine work – life – balance ermöglichen, die eine Realisierung des Kinderwunsches junger Menschen zulassen. Nur so können wir Deutschland eine Perspektive eröffnen – wirtschaftlich und gesellschaftlich und dazu beitragen, dass unsere sozialpolitischen Errungenschaften auch noch für die nächste Generation – nicht nur historisch – von Bedeutung sind. Jede Investition – sei sie auch noch so groß – in die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und eine ausgewogene work – life – balance ist eine Option in die Zukunft.

Lassen wir sie uns nicht nehmen!

Dagmar König

Unabhängige Gedanken zum EU-Verfassungsvertrag

von Monika Christann

Die EU-Verfassung – ein Ergebnis patriarchaler Denkweise!

Die nachstehende Position zur EU-Verfassung deckt sich nicht mit der in Deutschland weithin verbreiteten Zustimmung zu der „Verfassung“, welche auf dem Brüsseler Regierungsgipfel am 25. Juni 2004 beschlossen wurde. In Deutschland – gäbe es ein Referendum – würden ca. 65 % der Wahlberechtigten für diesen Verfassungsvertrag stimmen. Auch Gewerkschaften und etliche Umweltschützer befinden die „Verfassung“ im Wesentlichen als positiv. Jede Gruppierung hat – so scheint es mir – den Vertrag erst einmal hinsichtlich ihrer eigenen Interessen überprüft.

Diese positive Beurteilung kann ich keineswegs teilen. Zu offensichtlich wird die „Verfassung“ mit einer Wirtschaftsordnung und einer Politik der militärischen Stärke verwechselt. Überdies sind bestimmte Begriffe oder ganze (Ab-)Sätze aus den Welthandelsverträgen der WTO wie GATS oder TRIPS entnommen. Die beabsichtigte Schaffung von Frieden in Europa durch „Integration“ wird trotz schöner Worte nicht als politische und kulturelle Integration verstanden, sondern mit „Integration“ ist die Unterwerfung unter das neoliberale Modell des unkontrollierten Marktes gemeint. Und dies, obwohl es inzwischen weltweit hinreichende Erkenntnisse gibt, dass die Wohlstands-Versprechen nur Wenigen zugute kommen und die Schere zwischen Arm und Reich sich stetig weiter öffnet. Die „Verfassung“ jedenfalls setzt die Prioritäten auf eine unregulierte Wettbewerbspolitik, auf das ökonomische Wachstum und dessen Absicherung durch Aufrüstung auf hohem technischem und quantitativem Niveau. Wir wissen aus den letzten zwei- bis dreitausend Jahren, in denen das Patriarchat entstand, dass Aufrüstung noch nie zu Frieden, sondern immer nur zu weiteren Problemen geführt hat. Friedliche Gesellschaften waren/sind geprägt von einem System der Balance (zwischen Mensch und Natur, zwischen Männern und Frauen) und dem Respekt vor einer gleichwertigen Vielfalt. Die Vormachtstellung des männlich-kriegerischen Prinzips hingegen kann nur beibehalten werden, indem ein System der Ungleichheit, von Siegern und Besiegten, etabliert wird – die Durchsetzung und Beibehaltung geschieht mit Gewalt (Organisation von Kriegen) und mit der Kontrolle über die Sexualität und Fruchtbarkeit der Frau (körperliche Gewalt, Vergewaltigung in und außerhalb der Ehe/Partnerschaft sowie Bestrafung der Frau, wenn sie über ihre Fruchtbarkeit selbst bestimmen will.)

Das patriarchale System der Ungleichheit setzt sich im Begriff „Unionsbürger“ fort, denn es teilt die in den EU-Staaten lebenden Menschen in zwei Klassen: Nur die Menschen, welche den Pass eines der Mitgliedsländer haben („EU-Unionsbürger“), besitzen das aktive und passive Wahlrecht, das Petitionsrecht und den Schutz im Ausland. Die anderen Einwohnerinnen und Einwohner mit ihrem Lebensmittelpunkt in einem der EU-Mitgliedsstaaten haben und ebenfalls Steuern zahlen, sind hiervon ausgenommen. Die Chance der Integration wurde auch auf diesem Gebiet klar vertan.

Historische Basis und Ziele

Die Geschichte der EU zeigt, dass sie von Anfang an als ein wirtschaftliches Konstrukt gedacht war, in dem die Schlüsselindustrien für Rüstung unter eine gemeinsame wirtschaftliche Kontrolle gestellt werden sollte. Das parlamentarisch-demokratische System spielte stets eine nebensächliche Rolle ohne Mitbestimmungsrechte. Erst 1979 – 27 Jahre nach Gründung der Montanunion – fanden die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt, dessen Rechte sich noch auf reine Anhörungsrechte beschränkten.

Die Regierungskonferenz in Nizza (2000) beschloss, die Verträge „in einen Guss“ zu bringen, um zu mehr Transparenz und Klarheit und dadurch zu mehr „Bürgernähe“ zu kommen. Außerdem machten es die etlichen Beitritte weiterer Länder nötig, Strukturen zu verändern. Der zweite Konvent, der den aktuellen Verfassungsentwurf ausgearbeitet hat, führte jedoch nicht nur bereits bestehende Verträge zusammen, sondern schuf ein Vertragswerk, das in vielen Punkten etwas Neues ist, z. B. die Schaffung der Rechtspersönlichkeit, die Änderung der Mehrheitsverhältnisse in der Säule I sowie die erstmalig auftauchende Verpflichtung zur Aufrüstung und zu einer Europäischen Rüstungsagentur. Die verankerte Rechtspersönlichkeit hat nicht nur Auswirkungen auf den Abschluss internationaler Verträge, sondern beinhaltet auch, dass die europäische Gesetzgebung Vorrang vor nationaler Gesetzgebung hat. Ein Skandal ist auch, dass die nachweislich schädliche Kernenergie durch Übernahme des EURATOM-Vertrages im Protokoll-Anhang als einzige Energieform nun Verfassungsrang hat. Diese Verfassung ist keine Verfassung, sondern eine Wirtschaftsordnung für Konzerne und für einen enthemmten Markt.

Das Politikfeld „Geschlechterdemokratie“, d.h. die gleiche Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen - und eben nicht nur auf der Beschäftigungsebene - fehlt. Eine einmalige Chance, weitreichende Formulierungen zur Gleichstellungspolitik und den notwendigen Rahmenbedingungen außerhalb der Erwerbsarbeit zu fassen, fehlt. Frauen kommen namentlich an vier Stellen vor: der diskriminierungsfreie Zugang von Frauen zu Beschäftigung und die Bekämpfung der Diskriminierung bei der Berufsausübung oder wegen der sexuellen Ausrichtung, die Bestrafung des Frauen- und Kinderhandels und der sexuellen Ausbeutung von Frauen und Kindern, ja auch der gleiche Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit fehlt nicht. Aber das bleibt – so ist zu befürchten – folgenlos, denn die Kommission muss dem Europaparlament lediglich alle drei Jahre Bericht erstatten; Sanktionen sind nicht vorgesehen. Das EU-Parlament hat übrigens nicht nur hier, sondern auch in allen anderen Bereichen kein Recht auf Einsichtnahme der Protokolle der EU-Kommissions-Sitzungen. Überdies sucht frau vergeblich nach Bestimmungen zu Gender Mainstreaming, das im Text des ersten Konvent-Entwurfs noch enthalten war. Für die Beibehaltung der fast 100%igen Männerquote in den Machtpositionen der Kommission sorgt der Auswahlmodus der KommissarInnen durch den Kommissionspräsidenten.

Sorge muss uns Frauen auch bereiten, dass zum Jahresende unter irischer Ratspräsidentschaft (!) Polen und Malta eine fast gleichlautende sog. „Moralklausel“ mit dem absoluten Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen an die „Verfassung“ gehängt haben; dies wurde bis zum Schluss geheim verhandelt. Da der Text mit fortschrittlicheren Bestimmungen auf EU-Ebene kollidiert, gibt es bereits etliche Stimmen von EU-Diplomaten, die es für einfacher halten, die Klausel für alle Staaten der EU gleichermaßen anzuwenden. Zahlreiche polnische Frauenorganisationen haben Anfang des Jahres bereits mit offenen Briefen auf ihre verzweifelte Situation aufmerksam gemacht.

Ich halte fest: Die EU-„Verfassung“ ist ein weiteres Instrument des patriarchalen Systems der Ungleichheit (totaler Wettbewerb, EU-Unions-Bürgerschaft) und der Durchsetzung von androzentrischen Bedürfnissen durch Gewalt (Organisation von Kriegen mit der Möglichkeit, sog. „Präventivkriege“ führen zu können, Europäisches Amt für Rüstung, Verpflichtung zur Aufrüstung). Dazu gehört auch der Rückschritt in punkto „Demokratie“: Legislative und Exekutive sind kaum getrennt; sie befinden sich in der Hand der EU-Kommission (KOM), bei Menschen, die alle nicht vom Volk gewählt sind. Die KOM hat die gesetzgeberische Initiativmacht und damit gestalterische politische Macht. Sie alleine ist befugt zur Verhandlung international bindender Verträge. Die Macht des vom Volk gewählten Europaparlaments hingegen ist – bis auf geringfügige Verbesserungen – nach wie vor beschränkt und hat mit seinem Votum oftmals nur aufschiebenden Charakter. In wichtigen Bereichen wie z. B. der Energie-

politik, die zum Bereich „tägliche Daseinsfürsorge“ gehört, hat das Parlament nicht einmal mehr ein Anhörungsrecht – dieses Recht hat der mächtige Wirtschafts- und Sozialausschuss. Zukünftig werden die Regierungschefs (z. Zt. 25) alleine über kriegerische Einsätze entscheiden. Der Deutsche Bundestag gibt mit Annahme der Verfassung sein Recht ab, mit Ja oder Nein zu stimmen. Durch die Rechtspersönlichkeit und entsprechende Artikel in der Verfassung werden europäische Gesetze Vorrang vor nationalen Gesetzen haben.

Feministische Sichtweise nötig!

....Aus meiner feministischen Sicht müssen wir in der Europapolitik nicht nur um die Herstellung der Geschlechterdemokratie in den europäischen Nationalstaaten und in den Organen der Europäischen Union kämpfen, sondern auch um die Durchsetzung einer Politik aus Frauensicht, die sich der Verantwortung gegenüber VerbraucherInnen und Auswirkungen weltweiter Handelsbeziehungen multinationaler Konzerne auch auf die ärmsten Staaten dieser Erde und auf die Natur bewusst ist. Diesen Blick auf eine globalisierte Welt, deren Politik nicht mehr nach Nationalstaaten oder „Wir hier in der EU“ und „Ihr dort“ zu trennen ist, berücksichtigt die Verfassung nicht. Schade. Eine große Chance wurde vertan.

Die Verfasserin ist Bundessprecherin der Feministischen Partei DIE Frauen. Im Erwerbsleben ist sie tätig als Bundes-Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte bei ver.di.

Keine Schönheitsoperationen im Fernsehen!

Mit einer Unterschriftenaktion fordert der Landesfrauenrat Niedersachsen die Programmverantwortlichen der Sender auf, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden. Der Landesfrauenrat Niedersachsen fordert die Verantwortlichen auf, vor allem solche Sendungen zu unterbinden, die Show-Charakter haben, falsche Hoffnungen wecken und unrealistische Schönheitsideale propagieren.

- Schönheitsoperationen im Fernsehen vertragen sich nicht mit der Würde des Menschen, vor allem nicht mit dem Jugendschutz
- Es wird Menschen suggeriert, nur das Äußere sei wichtig, alles sei machbar.
- Probleme der Selbst-Akzeptanz lassen sich nicht lösen durch Wegschneiden, beliebiges Verkleinern und Vergrößern von Körperteilen, Absaugen und Einspritzen.
- Die Risiken medizinischer Eingriffe und Operationen werden verharmlost, auf mögliche Folgen sowie auftretende Komplikationen nicht hingewiesen.

Unterschriftenlisten können Sie über die Geschäftsstelle des Landesfrauenrates Niedersachsen anfordern:

Telefon (0511) 32.10.31 Fax: (0511) 32.10.21 E-mail: mail@landesfrauenrat-nds.de

In den USA sind inzwischen selbst Schönheitsoperationen an Vagina und Schamlippen Alltag. Einzelne Operateure verdienen bis zu \$ 250.000 monatlich damit. Das intimste aller weiblichen Körperteile soll dem durch pornografische Filme, Fotos und Videos vermittelten Schönheitsideal angenähert werden. Diese Operationen gehören in den USA inzwischen zu den am stärksten wachsenden Bereichen der kosmetischen Operationen und werden an Frauen zwischen 15 und 75 Jahren vorgenommen.

Quelle: Sandy Kobrin WeNews correspondent: More Women Seek Vaginal Plastic Surgery www.womensnews.org

LFR Netzwerk

Das Feministische Frauen Gesundheits Zentrum e.V. Berlin feiert sein 30-jähriges Jubiläum! 30 Jahre Frauengesundheit in Bewegung - Herausforderungen für die Zukunft!

Das erste und damit älteste Frauengesundheitszentrum in Deutschland blickt auf dreißig Jahre erfolgreiche Arbeit zurück. Seit drei Jahrzehnten trägt das FFGZ maßgeblich dazu bei, dass Gesundheit und Krankheit frauenspezifisch betrachtet werden und reagiert dabei auf aktuelle Entwicklungen. So wurde die selbstverständliche Verschreibung von Hormonen in den Wechseljahren bereits in den 80er Jahren kritisiert. Diese Kritik ist mittlerweile durch aktuelle Studien bestätigt. In dieser Lebens- und Umbruchsphase werden Frauen im FFGZ gestärkt und andere Umgangs- und Behandlungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Von Anfang an stand die Forderung nach besserer Qualität in der gesundheitlichen Versorgung im Zentrum der Aufgaben. So wurde schon früh auf das Problem überflüssiger Operationen, z.B. von Gebärmutterentfernungen, hingewiesen und Verbesserungen wurden erzielt. Heute sind es vor allem zu häufige diagnostische Eingriffe, z.B. Laparoskopien, die in Frage gestellt werden müssen.

Gerade in Zeiten tiefgreifender Umstrukturierungen des Gesundheitswesens, die zu Leistungseinschränkungen und finanzieller Mehrbelastung führen, werden neue Anforderungen an die Handlungskompetenzen von BürgerInnen, vor allem an sozial Benachteiligte, gestellt. Das FFGZ führt deshalb Patientinnenschulungen durch und unterstützt Frauen mit unabhängigen Informationen auf ihrem Weg zu individuellen und informierten Entscheidungen. Die gesundheitliche Beratung berücksichtigt die körperlichen, psychischen, und sozialen Faktoren im Leben von Frauen.

Mit vielfältiger Öffentlichkeitsarbeit und breiter Vernetzung setzt sich das FFGZ für die Interessen von Frauen im Gesundheitswesen ein. Als kritische Stimme trägt das FFGZ maßgeblich dazu bei, dass Frauengesundheit in der Öffentlichkeit immer ein wichtiges Thema war und bleiben wird.

Anlässlich dieses Jubiläums feierte das FFGZ die erfolgreiche Arbeit unter dem Motto "30 Jahre Frauengesundheitsförderung - Herausforderungen für die Zukunft" mit einer Fachveranstaltung am 20. Oktober im Rathaus Schöneberg. Vertreterinnen aus Politik, Wissenschaft und Praxis diskutierten über aktuelle Umbrüche im Gesundheitswesen, Auswirkungen für Frauen und die zukünftigen Aufgaben der Frauengesundheitszentren und -förderung.

Neue Broschüre: Wechseljahre - Aufbruch in eine neue Lebensphase

Gebündeltes Wissen, vielfältige Informationen und Selbsthilfetipps zu Ernährung und Bewegung, Naturheilkunde, Osteoporose, Hormonbehandlung. Informativ, vielseitig und gut handhabbar... Die 100seitige Broschüre ist ein leicht verständlicher Ratgeber mit einem ausführlichen Literatur- und Adressenteil - ein beliebtes und pharmaunabhängiges Nachschlagewerk, das Ihnen in den Wechseljahren Orientierungshilfen bietet.

Aktuelles Faltblatt: Die Hormontherapie in und nach den Wechseljahren - Wie steige ich aus?

Aktuelle Studien zeigen, dass Hormone in den Wechseljahren eher schaden als nutzen, je länger sie eingenommen werden, umso mehr. Neben diversen Fachgesellschaften und dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) empfiehlt auch das Bundesmi-

nisterium für Gesundheit und soziale Sicherung, Hormone in den Wechseljahren nur noch bei sehr starken Beschwerden, für einen kurzen Zeitraum und so niedrig dosiert wie möglich einzunehmen. Um kein weiteres Gesundheitsrisiko einzugehen, setzen mehr und mehr Frauen die Hormone ab.

Broschüre + Faltblatt zum Preis von 5,50 € (plus Versand) bestellen:

Feministisches Frauen Gesundheits Zentrum e.V.

Bamberger Str. 51 10777 Berlin

Tel 030 / 213 95 97 Fax 030 / 214 19 27

ffgzberlin@snaufu.de www.ffgz.de

LFR-Nachrichten

Konferenz der Landesfrauenräte 2004

„Keine Altersarmut durch Arbeitslosigkeit!“

Die Konferenz der Landesfrauenräte in Deutschland 2004 (KLFR) fordert Bundesregierung und Bundestag auf, das SGB II so zu ändern,

- dass auch bei Wegfall des Arbeitslosengeldes durch Anrechnung des Partnereinkommens weiterhin Beiträge zur Rentenversicherung entrichtet werden und ein gleichrangiger Vermittlungsanspruch bestehen bleibt.
- dass an die Stelle der Kündigung von Lebensversicherungen und ähnlichen Altersvorsorgeprodukten (was mit hohen Stornoabschlägen verbunden ist) für die Zeit der Arbeitslosigkeit eine Beitragsfreistellung und Verrentung der angesparten Summe tritt und
- dass ein Vorsorgevermögen, das erst mit Vollendung des 65. Lebensjahres als Rente ausbezahlt wird, nicht zur Bestreitung des Lebensunterhalts herangezogen wird.

Begründung:

Die für das Arbeitslosengeld II vorgesehenen Regelungen zur Rentenversicherung und zur Anrechnung von Vermögen führen direkt in eine neue Altersarmut insbesondere für Frauen, denn diese sind mehrheitlich von der Anrechnung des Partnervermögens betroffen. Wenn sie, die wegen der Kindererziehung meistens sowieso mit geringen Renten rechnen müssen, bei längerer Arbeitslosigkeit nicht mehr weiter rentenversichert werden und dazu noch das dringend für die Altersvorsorge benötigte Vorsorgevermögen aufzehren müssen, ist ihre totale Abhängigkeit von den Versorgungsansprüchen des Partners und eventuelle Altersarmut vorprogrammiert. Dies wird Frauen nicht ermuntern, mehr Kinder zu bekommen. Wenn ausserdem jahrzehntelange Sparanstrengungen durch Arbeitslosigkeit zunichte gemacht werden, beschädigt dies die Motivation zum Sparen. Auch der Staat spart nur kurzfristig, weil die Betroffenen mit großer Wahrscheinlichkeit im Alter auf eine Aufstockung ihrer Rente durch Sozialhilfe angewiesen sein werden. Eine Verrentung bzw. ein Erhalt der privaten Altersvorsorge nützt dagegen dem Staat sowie den Betroffenen und bewahrt letztere vor Altersarmut. Außerdem fördert eine solche Regelung die staatlich erwünschte private Altersvorsorge.

Einstimmig beschlossen am 12.09.2004 in Wiesbaden.

LFR Kultur und Medien

Büchertipps

Sachbücher

Zwei Titel aus dem Ulrike Helmer Verlag:

Susanne Sander

Karrieren und Barrieren.

Landtagspolitikerinnen der BRD in der Nachkriegszeit von 1946 bis 1960
29,95 Euro

Susanne Sander fragt nach den Karrieremöglichkeiten und dem Politikverständnis der Landespolitikerinnen in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit. Sie untersucht deren Politikstil und ihr frauenpolitisches Engagement. Welche Faktoren bestimmten Karrieren von Landtagspolitikerinnen in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten, mit welchen Barrieren waren sie konfrontiert?

Gab es partei- und frauenspezifische Merkmale, Gemeinsamkeiten und Unterschiede? Welche politische Sozialisation brachten die Politikerinnen aus dem Kaiserreich, der Weimarer Republik und der NS-Zeit mit? Wie konnten Politik, Familie und Beruf vereinbart werden? Wie entwickelten sich die Möglichkeiten zur weiblichen Gestaltung von Politik? Wodurch zeichnen sich die Politikerinnen der verschiedenen Parteien aus?

Die Autorin stellt in ihrer Arbeit viele Fragen und wertet die empirischen Befunde akribisch aus. Mit großer Detailkenntnis werden die Ergebnisse der Studie eingeordnet und bewertet. Das Buch ist eine Fundgrube für frauenpolitisch Interessierte und bietet manch kleine Überraschung. So zeigt die Untersuchung, dass die CDU- und FDP-Politikerinnen schon früh die männerdominierten Politik- und Parteistrukturen kritisierten, dies aber bei den Sozialdemokratinnen kaum zugelassen wurde.

Petra Holz

Zwischen Tradition und Emanzipation.

Politikerinnen in der CDU in der Zeit von 1945 bis 1957
32,95 Euro

Die Autorin beschäftigt sich mit dem Rollenverständnis der ersten Politikerinnengeneration in der CDU und mit ihren Antworten auf die Frage nach der Stellung von Mann und Frau in der Bundesrepublik Deutschland. Petra Holz geht es darum, zu zeigen, welche spezifischen Handlungsräume und Handlungsmöglichkeiten die Politikerinnen im männlich konnotierten Bereich der Politik hatten; in einer Zeit, die einerseits vom frauenpolitischen Aufbruch der unmittelbaren Nachkriegszeit und andererseits vom Rückzug der Frauen in den Bereich des Privaten geprägt war. Die Autorin analysiert das Gleichheitsverständnis der Politikerinnen und zeigt, wie diese ganz unmittelbar Ringen um die politische und gesellschaftliche Stellung der Frau in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte beteiligt waren.

Handreichungen

Regina Richter, Monika Rietze
Nicht mit mir! Zum Handeln motiviert.
Strategien gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
€ 0,50 Schutzgebühr

Die Bundesverwaltung von ve.rdi, Bereich Frauen und Gleichstellungspolitik, will mit ihrer neu erschienen „Handlungshilfe“ Mut machen. Mut, gegen sexuelle Belästigung vorzugehen. Nicht nur als Betroffene, sondern präventiv im Sinne einer Gemeinschaftsaufgabe aller Beschäftigten. Neben den einschlägigen rechtlichen Vorschriften und Kontaktadressen von Hilfsangeboten werden Handlungsanleitungen für Betroffene, Kollegen und Kolleginnen gegeben.

Sibylle Trach und Susanna Brodersen
Erläuterungen zum Landesgleichstellungsgesetz Berlin.
€ 2,50 Schutzgebühr

Kommentar zum Landesgleichstellungsgesetz und Sammlung der einschlägigen Berliner Gesetze und Verordnungen.

Beide Werke sind über das Büro von Heidemarie Gerstle, ve.rdi Referat für Frauen und Gleichstellungspolitik, zu beziehen.

Heidemarie.gerstle@verdi.de Tel.: 030-88.66-51.24 Fax: 030-88.66-59.00

Belletristik

Anja Kampen:
Glanz & Gloria oder Wenn zwei Frauen aus Rache eine Firma gründen
Serie Piper, TB 7,90 €

Mal ehrlich – wer hat nicht schon einmal klammheimlich Rachegelüste gegenüber dem/der Verflorenen verspürt? Zumeist gestehen wir uns diese Gefühle nicht zu, schließlich sind wir zivilisierte Menschen und Rache genießt nicht gerade gesellschaftliche Akzeptanz. Die zwei Frauen im Roman von Anja Kampen schert das nicht. Als sie feststellen, dass sie beide von dem gleichen Mann betrogen werden, tun sich die beiden Rivalinnen, die unterschiedlicher kaum sein könnten, zusammen und zeigen ihrem Ex, was Frauen so können. Ein unterhaltsames Buch mit viel Situationskomik. Gut geeignet als Urlaubslektüre oder anstelle von eigener realer Rache in Trennungsphasen.

Susanne Fröhlich:
Moppelich – der Kampf mit den Pfunden
Krüger Verlag 13,90 €

Wer ein weiteres Diätbuch erwartet hat wird enttäuscht sein. Ebenso diejenige, die auf die ultimativen Tipps zum langersehnten Gewichtsverlust gehofft hat. Nichts von alledem ist „Moppelich“. Vielmehr macht uns Susanne Fröhlich schonungslos klar, dass der Weg zum schlanken „Ich“ dornen- und vor allem entbehrungsreich ist. Schlanksein beginnt im Kopf – und sie beschreibt dies in äußerst humorvoller Weise. Selbsterkenntnis der Leserinnen mit inbegriffen. Letztlich aber macht sie unmissverständlich deutlich: es gibt keine Patentrezepte – das Ziel ist nicht unerreichbar, sofern frau mit genügend Selbstdisziplin und Hartnäckigkeit gesegnet ist. Unterstützend für Menschen, die über die Vorstellung einer Traumdiät ohne Verzicht bereits hinaus sind.

LFR- Veranstaltungen

Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen:

Einladung zu einem Treffen mit Berlins Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer

Wann: Montag, den 29. November 2004, von 18.00-20.00 Uhr

Wo: Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin, Pommernsaal

In unserer Reihe "Senatorinnen und Senatoren nachgefragt zur Frauen- und Genderpolitik in Berlin" wird es um Antworten auf vielfältige Fragen gehen, z.B.

- Wie können Frauen bei der Planung der lebenswerten Stadt mitwirken?
- Was bedeutet der Fußgängerblick?
- Bauen Frauen sensibler?
- Welche Rolle spielt Gender Mainstreaming in der Organisationsentwicklung?

Wir freuen uns, diese Fragen mit Ihnen zusammen zu diskutieren. Die Moderation der Veranstaltung übernimmt Monika Wissel, Vorstandsmitglied der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin - Stadt der Frauen. Die Teilnahme ist frei und kostenlos. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Traditionelle Chinesische Medizin - Wie kann sie uns Frauen im Alltag helfen

Wann: Dienstag, 30. November 2004, 19.00 Uhr

Wo: BVV-Saal im Rathaus Treptow, Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Frau Dr. med. Angela Redlich (Studium in London und an der Charité Berlin, Promotion in Berlin und Ärztin in der Rheumatologie, 3jähr. Masterstudium an der Jinan-Universität Guangzhou und an der Guangzhou Universität für TCM)

Der Vortrag findet im Rahmen der Reihe „Lady's Stammtisch“ statt.

Programm: 18.30 Uhr Einlass - für einen kleinen Imbiss ist wie immer gesorgt, 19.00 Uhr Begrüßung, 19.05 Uhr Neues aus Treptow-Köpenick - der Bürgermeister informiert, 19.15 Uhr Informationen des Vereins, zwei Vereinsmitglieder stellen sich und ihr Unternehmen vor, 19.25 Uhr Vortrag, Im Anschluss (ca. 20.45 Uhr) bleibt auf vielfältigen Wunsch wieder Zeit für beruflichen Erfahrungsaustausch und persönliche Kontakte. Hinweis: Für Nichtmitglieder des Lady's Stammtisch e.V. erheben wir einen Beitrag von 10 Euro.

III. Loccumer Symposium zur Umsetzung der EU-Gleichbehandlungsrichtlinien in Deutschland

Wann: Beginn 2. Dezember um 13:15, Ende 3. Dezember 2004 um 12:30

Wo: Evangelische Akademie Loccum, Rehburg-Loccum (50 km westlich von Hannover).

Transfers vom Bahnhof Wunstorf.

Das Symposium soll den aktuellen Stand der Umsetzungsdebatte in Deutschland reflektieren und dazu beitragen, die noch offenen Fragen zu klären:

- Stand der (Nicht) Umsetzung in den Mitgliedstaaten
- Umsetzungsbedarf in den Bereichen Altersdiskriminierung, Sozialrecht und Beteiligung nationaler NRO, unabhängige Stelle(n), Sozialer Dialog
- Ansatzpunkte im geltenden Recht für einen Diskriminierungsschutz hinsichtlich öffentlich angebotener Güter und Dienstleistungen im Bürgerlichen Recht und im Verfassungsrecht
- Umsetzungsperspektiven in Deutschland

Ihre Mitwirkung haben bereits zugesagt: Renate **Augstein**, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin; Prof. Dr. Susanne **Baer**, Humboldt-Universität, Berlin; Dr. Klaus **Bertelsmann**, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Hamburg; Prof. Dr. Peter **Derleder**, Universität Bremen; PD Dr. Josef **Falke**, ZERP, Universität Bremen; Prof. Dr. Thomas **Giegerich**, Universität Bremen; Prof. Dr. Doris **König**, MCL, Bucerius Law School, Hamburg; Dr.

Monika, **Lücke**, Juristische Referentin beim Bevollmächtigten des Rates der EKD, Berlin; Mag. Dr. Ingrid **Nikolay-Leitner**, Anwältin für Gleichbehandlungsfragen, Bundesministerium für Gesundheit und Frauen, Wien; Prof. Dr. Ursula **Rust**, bigas, Universität Bremen; Prof. Dr. Klaus **Siebeking**, bigas, Universität Bremen; Dr. Bernd **Schulte**, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht, München; Ingrid **Weber**, Deutscher Juristinnenbund, Berlin

Anfragen und den Wunsch nach zusätzlichen Informationen richten Sie bitte an:

Dr. Joachim Lange, Evangelische Akademie Loccum, E-Mail: Joachim.Lange@evlka.de, Tel.: 05766/81-241, Tagungssekretariat: Karin Buhr 05766/81-114 oder Prof. Dr. Ursula Rust, Bremer Institut für deutsches, europäisches und internationales Gender-, Arbeits- und Sozialrecht, Universität Bremen, Tel.: 0421-218-2155 E-Mail: bigas@uni-bremen.de

Workshop "Pressearbeit: zum Umgang mit den Medien"

wann: Do/Fr, 9./10. Dezember 2004, 11.00-17.00 Uhr

wo: Frauenwirtschaftszentrum Neukölln im Kindl-Boulevard, Hermannstr. 214 - 216, 1. OG Neben ausgeprägter Kommunikations- und Kontaktfähigkeit ist es für die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Medien (Zeitung, Radio, Fernsehen) wichtig, die Standards in den Abläufen der redaktionellen Arbeit zu kennen. Der Workshop "Pressearbeit: zum Umgang mit den Medien" führt in diese Thematik ein, gibt den Teilnehmenden ganz praktische Informationen und Anleitung zu folgenden Aspekten: Aufbau und Pflege von Medienkontakten, Verfassen von Pressemeldungen, Text- und Bildgestaltung, Die Pressemappe, Der Presseverteiler: Was ist das? Wer braucht das? Presse und Medien in Berlin, Die Pressekonferenz, das Pressegespräch, Pressearbeit Online.

Anmeldung: bei den Referentinnen Frau Robin Georg und Ulrike Rossa direkt an: Robin B. Georg, robin.georg@dasdeck.de, Tel.: 030 - 44 03 16 26, www.start-abc.de Kosten: € 75,-

Für die Entstehung dieser Ausgabe danken wir:

allen Frauen, die einen Artikel geschrieben oder Informationen zur Verfügung gestellt haben, darüber hinaus Anja Feldhorst, die das Layout entworfen hat.



Anja Feldhorst

Lektorat | Konzeption | Beratung | Texterstellung

Wissenschaftliche Texte
Kriminalliteratur

Sach- und Fachbücher
Biografien/Memoiren

Hagelberger Str. 17
10965 Berlin

☎ 030 -23 62 09 83
☎ 030 - 23 62 09 84

E-Mail: info@lektorat-feldhorst.de
Internet: www.lektorat-feldhorst.de

Impressum

Herausgeberin:
Landesfrauenrat Berlin e. V.
Tempelhofer Damm 2
12 101 Berlin
Telefon & Fax: 030 / 785 70 10
E-Mail: lfr-berlin@t-online.de
Redaktion: F. Galland

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung des Landesfrauenrates dar. Das Mitteilungsblatt *Wir Berlinerinnen* kann jede/r abonnieren, auch einzelne Mitglieder der Verbände. Wir bitten

um Ihr Verständnis, dass wir hierfür einen Kostenbeitrag von 15 Euro (für vier Ausgaben pro Jahr) erheben müssen.

Wir freuen uns über jeden Artikel, den Sie uns zum Abdruck in *Wir Berlinerinnen* zur Verfügung stellen, auch Einladungen zu anstehenden Veranstaltungen drucken wir gerne ab.